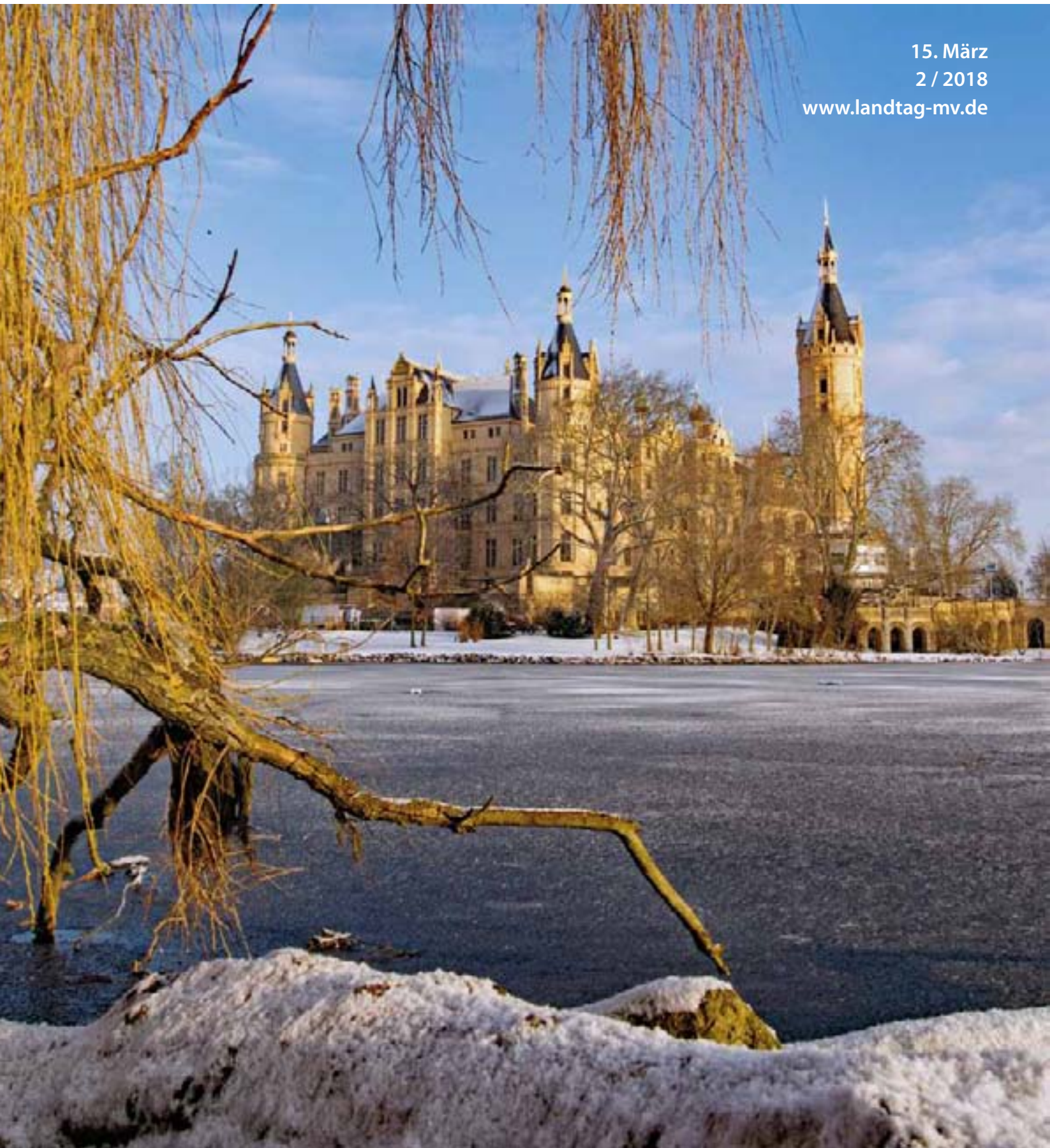


15. März  
2 / 2018

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Aktuelle Stunde zu Rüstungsexporten +++ Mehr Geld für Kommunen +++ Parteienfinanzierung der NPD stoppen  
+++ Kita-Elternbeiträge +++ Wahlalter 16 für den Landtag? +++ Öffentliche Anhörung „Jung sein in M-V“ +++  
Das schwere Erbe: Holocaust-Gedenken im Landtag +++



Foto (Stefan Janssen): Doch noch Winter in Schwerin – aber der Frühling ist schon zu ahnen.

3	Gastkolumne	Jürgen Hingst (freier Journalist) mit einem Plädoyer für Meinungsvielfalt, Transparenz und Gewaltenteilung
4 – 16	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Keine Rüstungsexporte aus Mecklenburg-Vorpommern – Alternativen für betroffene Wirtschaftsstandorte schaffen“
6 – 12	Berichte	Zweite Lesung Finanzausgleichsgesetz M-V Zweite Lesung Gesetz über die Wahlen in M-V (Wahlalter 16) EU-Förderung zur regionalen Entwicklungspolitik ab 2020 Elterntentlastung bei den Kta-Beiträgen Verfassungsgegnern weiterhin entschieden entgegengetreten – NPD von der staatlichen Parteien-Finanzierung ausschließen
14 – 15	Weitere Beschlüsse	Kommunalprüfungsgesetz Anpassung Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge Staatsvertrag länderübergreifende gebündelte Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen Landesausführungsgesetz SGB XII Anpassung von Landesgesetzen an EU-Datenschutzbestimmungen <i>Aussprachen:</i> Tourismusentwicklung in M-V Elternbeiträge für Kita-Betreuung PUA-Untersuchungsauftrag erweitern Reform der EU-Agrarpolitik
16	Gesetzgebung	Übersicht der laufenden und abgeschlossenen Gesetzgebung
17 – 20	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Sozialausschuss:</i> Erste öffentliche Anhörung in der Reihe „Jung sein in M-V“ <i>Petitionsausschuss:</i> Ortsbesichtigung Kita Demen <i>Agrarausschuss:</i> Besuch der Grünen Woche <i>Internationales</i>
20 – 23	PANORAMA	Ein schweres Erbe: Holocaust-Gedenkveranstaltung des Landtages Das persönliche Dutzend: Beate Schlupp

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 02.03.2018

# Macht muss teilbar bleiben



Foto: Uwe Pillat (NDR)

Der Autor ist freier Journalist, er ist Gründungsmitglied der Landespressekonferenz MV e. V.

■ Viel ist in diesen Tagen von der Krise der Demokratie zu hören. Politik erreiche die Menschen nicht mehr, so liest man. Entscheidungen seien nicht nachvollziehbar. Gefühl klaffen Anspruch und Wirklichkeit im politischen Alltag immer weiter auseinander.

Neu ist das alles nicht. Neu ist aber, dass es alle erreicht. Soziale Medien machen es möglich. Man mag das entsetzlich finden, weil Form und Inhalt dort

Der Imperativ wird in der Debatte zu sehends laut. Leise Töne, differenzierte Betrachtungsweisen und das „Bohren dicker Bretter“ geraten unter einen unverdienten Rechtfertigungsdruck. Denn gerade langsame Prozesse sind es doch, die letztendlich zum Erfolg führen – inklusive Dialog. Ohne Anhörungen – am besten öffentliche –, ohne Anfragen oder Debatten kann es keinen Konsens geben, selbst wenn das im Einzelfall anstrengend ist.

Deutschland ist noch weit weg von solchen Verhältnissen. Rechtsprechung, Gesetzgebung und Regierung sind getrennte Bereiche – Medien agieren weitgehend unabhängig. Aber die Kritik nimmt auch hier zu.

Schon deshalb ist es wichtig, Politik nachvollziehbar und nahe am Bürger zu gestalten. Wo kann das besser geschehen als in den Kommunen und in den Landtagen? Der föderative Aufbau unseres Landes ist eine der ganz großen Stärken. Selbst wenn Entscheidungen in Brüssel oder Berlin fallen, so bleibt den Ländern und den Länderparlamenten genug Spielraum für das eigene Ermessen. Kultur- Bildungs- und Strukturpolitik geben dafür gute Beispiele. Gelingt es, sie öffentlich zu machen und gleichzeitig hinterfragen zu lassen, dann sind wir von chinesischen Verhältnissen noch weit entfernt.

Selbst wenn es manchmal etwas länger dauert: Ohne Dialog keine Teilhabe – ohne Streit keine Freiheit. Das hat die Anfangsjahre des Landtages geprägt. Das gilt heute mehr denn je.

Demokratie heißt immer Regieren auf Zeit. Wer die Voraussetzungen dafür bekämpft, kann nicht vorgeben, sie verteidigen zu wollen „Power to the people“ hat John Lennon einen seiner besten Songs genannt. „Power for the balance“ würde das gut ergänzen. Macht muss teilbar bleiben. Alleinherrschaften hatten wir schon mehr als genug.

Jürgen Hingst

„ Ohne Dialog keine Teilhabe – ohne Streit keine Freiheit. “

genauso auseinanderdriften wie das kritisierte Verhältnis von Bürgern und Politikern. Aber es ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Realität. Wut, Frustration und Hass haben sich so Bahn gebrochen. Teile der AfD profitieren davon und tragen den Unmut ins Landesparlament. Das kann man kritisieren. Man kann es aber auch als ein Zeichen der Stärke von Demokratie sehen, dass sich alle politischen Strömungen artikulieren können. Ist es nicht doch ratsamer, sich dem zu stellen, was Populisten von sich geben, als es zu ignorieren?

Was jedoch verstört, ist, dass sich die heutigen Kritiker der Demokratie so gerne für einfache Lösungen und schnellen Entscheidungen begeistern können. Es müsse jetzt endlich mal was passieren, so hört man, und zwar sofort. Ausländer raus! Abschiebungen sofort! Todesstrafe für Kinderschänder!

Weltweit erleben wir im Moment das Gegenteil. Polarisierung statt Kompromiss. Autokratische Systeme beherrschen zusehends das politische Geschehen. In Ungarn werden zivilgesellschaftliche Organisationen kriminalisiert, Polen gerät zur Beute einer nationalkonservativen Mehrheitspartei, und die Türkei erlebt den Versuch, eine Demokratie in ein Sultanat zu verwandeln – durchaus mit Erfolg. Weitere Beispiele lassen sich mühelos ergänzen. Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein – das Gleichgewicht stimmt nicht mehr. Dabei erleben wir doch jetzt gerade in den USA, wie wichtig eine „balance of power“ ist. Präsident Trumps Versuch, sich des Staats zu bemächtigen, wird bis jetzt noch Widerstand entgegengesetzt – und zwar aus den Bundesstaaten, von Gouverneuren und regionalen Richtern.

## Arbeitsplätze kontra Rüstungsexport-Stopp

Berliner Sondierungsgespräche sorgen für hitzige Debatte zu Schiffsverträgen der Peene-Werft mit Saudi-Arabien



Peter Ritter (DIE LINKE)



Wirtschaftsminister Harry Glawe



Dirk Lerche (AfD)

**Baut die Peene-Werft in Wolgast Kriegsschiffe? Darüber ist in der Aktuellen Stunde der Januar-Sitzung eine hitzige Debatte entbrannt. Anlass waren die Sondierungsgespräche in Berlin. Darin hatten sich Union und SPD darauf verständigt, ab sofort keine Rüstungsexporte mehr zu genehmigen, wenn der Empfänger am Jemen-Krieg beteiligt ist. Das hätte auch Konsequenzen für die Peene-Werft. Denn diese arbeitet gerade einen Großauftrag für Saudi-Arabien ab: Der Golfstaat, der eine Militärallianz gegen Huthi-Rebellen im Jemen anführt, hat in Wolgast 33 Patrouillenboote für seine Küstenwache in Auftrag gegeben. Ausgehend davon, hatte DIE LINKE das Thema für die Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt. Während sie den Export-Stopp befürwortete und Alternativaufträge für Wolgast forderte, kündigte die Landesregierung an, sich für die Auslieferung der Boote einzusetzen.\***

DIE LINKE sieht sich durch das Exportverbot in ihrer Auffassung bestärkt, dass es sich bei den Patrouillenbooten sehr wohl um Kriegsschiffe handele. Zu deren Ausstattung gehörten 30-Millimeter-Kanonen, Maschinengewehre und Granatwerfer. Auch Raketenwerfer seien möglich, gab **Peter Ritter** zu bedenken. Außerdem setze Saudi-Arabien die Schiffe bereits in der Seeblockade vor der Küste Jemens ein. „Wenn Sie sich dann wundern, dass eines Tages vielleicht Tausende Menschen an unsere Tür klopfen, weil sie vor dem Hungertod geflohen sind, dann

sagen Sie bitte nicht, das Boot wäre voll!“, sagte Ritter. Wolgast blicke auf eine lange Marineschiffbau-Tradition zurück. Genau dieses Know-how sollte die Werft nutzen, um ihre Tradition unter anderen Prämissen fortzusetzen. Viele der einst hier für die Volksmarine und die sowjetische Flotte gebauten Boote gammelten heute im Ostseeraum vor sich hin, so Ritter. Warum also nicht mit Russland ein Konversionsprogramm zum Rückbau ungenutzter Marinetchnik auflegen? „Das schafft Arbeit für Jahre und ist ein Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftsblockade gegenüber Russland.“ Er erinnerte an das Friedensgebot in Artikel 18a der Landesverfassung, wonach alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen müsse. Da passe das Exportverbot sehr gut dazu, auch wenn es sich bedauerlicher Weise nur auf den Krieg im Jemen beziehe. „Keine Rüstungsexporte aus Mecklenburg-Vorpommern – das ist das Gebot der Stunde.“

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** warf den Linken Populismus vor und stellte sich klar hinter den Wolgaster Schiffbau-Auftrag: „Gemeinsam mit der Ministerpräsidentin werde ich mich dafür einsetzen, dass die Patrouillenboote ausgeliefert werden können.“ Der etwa eine Milliarde Euro schwere Auftrag trage „in erheblichem Maße“ zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Saudi-Arabien habe 33 Offshore-Patrouillenboote geordert. „Mit der Fertigung wurde Anfang 2015 begonnen. Die Abarbeitung des Auftrags soll mit einer Vollaustlastung bis zum Jahre 2019 verbunden sein.“ Sechs Schiffe

seien bereits 2016 abgeliefert worden. In diesem Jahr sollen acht weitere fertiggestellt werden. Seiner Kenntnis nach benötige Saudi-Arabien die Boote, „um seine Küsten zu überwachen, Hoheitsgewässer, internationale Seewege, Offshore-, Öl- und Gasfelder sowie Hafenanlagen zu schützen und Piraterie, Sabotage und Terrorismus zu unterbinden“. All das seien laut Bundesregierung legitime Staatsaufgaben. „Ich denke, das kann man auch akzeptieren.“ Er warb dafür, „lösungsorientiert“ zu arbeiten und „die Dinge mit den jeweiligen Partnern auf Bundesebene zu besprechen“. Ziel müsse eine Lösung sein, „die tragfähig ist, Arbeitsplätze erhält und neue Aufträge für Wolgast generiert“. „Beunruhigung“ und „populistische Vorträge“ seien da wenig hilfreich. Natürlich wäre es schön, wenn die Werft alternative Projekte an Land ziehen würde. „Da kann die Politik aber nur indirekt behilflich sein.“

Für **Dirk Lerche** (AfD) hörte sich DIE LINKE an, „als wenn Junkers wieder tausende Bomber in Deutschland produziert und Messerschmitt die allerneuesten Jagdflugzeuge hat“. Über Saudi-Arabien könne man sicherlich debattieren, „da gebe ich Ihnen ein kleines bisschen Recht“. DIE LINKE habe die Aktuelle Stunde jedoch unter das allgemeine Thema „Exporte“ gestellt und EU-Partner oder befreundete Drittstaaten wie Israel nicht angenommen. „Da machen wir nicht mit“, stellte Lerche für seine Fraktion klar. Er schloss sich der Einschätzung des Wirtschaftsministers an, dass die Patrouillenboote keine Kriegsschiffe seien. Deren



Patrick Dahlemann (SPD)



Bernhard Wildt (BMV)



Franz-Robert Liskow (CDU)

Export einzustellen, treffe am Ende nicht nur die Peene-Werft in Wolgast, sondern auch die gesamte Zulieferindustrie. Die Alternativen, die Peter Ritter aufgeführt habe, könne er sich gut als „zusätzliche Aufträge“ vorstellen. „Dann generieren wir mal endlich weitere Arbeitsplätze.“

Auch **Patrick Dahlemann** (SPD) stellte sich an die Seite der Werft. „Bei den in Wolgast gebauten Patrouillenbooten handelt es sich nicht um Kriegsschiffe“, betonte er. Ein Exportverbot hätte weitreichende Folgen. „Die Werft ist nicht nur für Familien das sichere Einkommen, sondern Motor einer ganzen Region“ und „von entscheidender Bedeutung für den gesamten Landesteil Vorpommern“. Er warf den Linken vor, eine Debatte des Bundes in den Landtag „gezerrt“ zu haben, um Bundes- und Landespolitik zu spalten. „Ich sage Ihnen, es gibt in dieser Debatte kein Schwarz und Weiß. Sie ist sehr viel komplexer zu betrachten.“ Dahlemann forderte einen „doppelten Vertrauensschutz“. Die Werft und die Zulieferer müssten darauf vertrauen können, dass die gebauten Schiffe ausgeliefert werden dürfen. Andererseits müsse aber auch klar sein, dass die Boote nur für die Zwecke eingesetzt werden, für die sie gebaut worden seien: den Küstenschutz von Saudi-Arabien. Letztlich entscheide aber nicht das Land über den Export, sondern der Bundessicherheitsrat mit seinem Sachverstand. So zu tun, als könne der Landtag in Schwerin entscheiden, was in anderen Ecken der Welt mit den gebauten Booten geschieht, halte er für „anmaßend“. „Lassen Sie uns nicht auf

dem Rücken der Werft-Beschäftigten eine solche Debatte vom entspannten Platz des Abgeordnetenstuhls aus führen!“

Das sah **Bernhard Wildt** (BMV) anders. Für ihn gehört das Thema sehr wohl in den Landtag. „Das ist eine gesellschaftliche Debatte, die wir im ganzen Land führen müssen.“ Inhaltlich schloss er sich den Argumenten der Landesregierung an: Auch für seine Fraktion seien die Patrouillenboote „keine Kriegsschiffe im eigentlichen Sinne“. „Die Saudis haben seinerzeit schriftlich versichert, die Boote nur zum Schutz der eigenen Küste einzusetzen und nicht in jemenitischen Gewässern.“ Es gebe einen Vertrag, und der müsse eingehalten werden: „Pacta sunt servanda.“ Er schlug vor, dass sich die Bundesregierung aufgrund der Lage im Jemen den ursprünglichen Zweck der Patrouillenboote noch einmal bestätigen lasse. Sollte es dann Zweifel an der Aussage geben, müsse Deutschland jedoch sein Druckpotenzial nutzen. 2016 habe Deutschland Güter im Wert von 7,3 Milliarden Euro nach Saudi-Arabien exportiert. „Da gibt es noch ganz andere Punkte, wie wir Saudi-Arabien unter Druck setzen könnten, wenn wir das wollten. Das muss nicht zu Lasten unserer Wolgaster Werft gehen.“

„Die Linken vermitteln hier den Eindruck, als sei Mecklenburg-Vorpommern einer der Hauptakteure der Rüstungsindustrie“ – wohl wissend, so **Franz-Robert Liskow** (CDU), dass die Zukunftsfelder des Landes ganz andere seien. „Das nen-

ne ich ideologisch motivierten Etikettenschwindel.“ Seine Fraktion habe sich stets für die Werft ausgesprochen, daran werde sich auch jetzt nichts ändern. „Die Peene-Werft ist ein hoch spezialisierter Schiffbaubetrieb.“ Ihr Know-how, etwa beim Schweißen von Aluminium, sichere in der strukturschwachen Region hunderte Arbeitsplätze. Schon deswegen müsse der Auftrag in Wolgast gehalten werden. Von Kriegsschiffen könne dabei keine Rede sein. Die Aluminiumboote hätten eine dünne Außenwand und kämen gar nicht für Kriegseinsätze infrage. Alternativaufträge für den Standort zu fordern, sei schön und gut. „Wie darf ich mir das aber bitte vorstellen? Steht da jemand am Reißbrett in der Linksfraktion und ermittelt aus den Ressourcen Arbeit, Kapital und Boden, welche Güter wo produziert werden sollen? Tun Sie doch nicht so, als könnten wir hier planwirtschaftlich vorgeben, was in Wolgast hergestellt werden soll.“ Liskow erinnerte daran, dass sich DIE LINKE in der Rüstungsfrage offenbar selbst nicht ganz einig sei. Deren Direktkandidat bei der Landtagswahl habe die Aufträge jedenfalls befürwortet. „Ich vermute, dass Ihre Position umso pazifistischer wird, je weiter Sie sich von den Arbeitsplätzen entfernen.“

*\*Inzwischen wurde in den Berliner Koalitionsvertrag ein Passus eingefügt, der bereits geschlossenen Verträgen Vertrauensschutz gewährt, sofern nachgewiesen wird, dass die Lieferungen im Empfängerland verbleiben.*

Rednerfotos: Uwe Sinnecker

## 120 Millionen mehr für Kommunen

Landtag beschließt neuen Finanzausgleich

■ Die Kommunen in M-V erhalten mehr Geld vom Land. Insgesamt rund 120 Millionen Euro jährlich. Davon profitieren sollen mehr als 600 der 753 Städte und Gemeinden. Das neue Finanzausgleichsgesetz sieht unter anderem vor, den kommunalen Anteil an den Gesamteinnahmen des Landes von 34 auf 34,5 Prozent zu erhöhen, kinderreiche und steuerschwache Gemeinden stärker zu unterstützen und Kommunen beim Schulden-Abbau zu helfen. Der Gesetzesänderung wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, AfD und BMV beschlossen. Ihr war eine jahrelange Diskussion über einen gerechteren Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen vorangegangen. Die Anpassung ist der erste Schritt einer zweistufigen Reform, die 2020 fortgeführt werden soll.

Das neue Finanzausgleichsgesetz hebe die Beteiligungsquote für die Kommunen an, trage der besonderen Kostenbelastung kinderreicher Gemeinden Rechnung, gleiche die Steuerkraft unter den Gemeinden und die Umlagekraft unter den Kreisen stärker aus, helfe Gemeinden bei der Entschuldung und wirke der Hebesatzspirale entgegen, fasst **Martina Tegtmeier** (SPD) die Eckpunkte der Reform zusammen. „Insgesamt kann man sagen: Es gibt wesentlich mehr Geld für die Gemeinden, und es erfolgt eine gerechtere Verteilung.“ Sie verwies darauf, dass die ursprünglich angedachte Entschuldungsregelung nach der Anhörung im Innenausschuss noch einmal überarbeitet worden sei und jetzt mehr kreisangehörigen Gemeinden zugutekomme. Tegtmeier lobte das „faire Verfahren“ im Reformprozess. „Nun sollten wir zügig in die nächste Phase eintreten und die Schritte für 2020 in die Wege leiten.“



Das Land will Kommunen stärker an seinen Einnahmen beteiligen.

Foto: Jens Büttner

Die AfD begrüßte die Anpassung. Nach Jahrzehnten, in denen sich das Land zu Lasten der Kommunen finanziell saniert habe, sei sie „unbedingt erforderlich“ gewesen, so **Dr. Gunter Jess**. Für knapp 90 Prozent der Städte und Gemeinden bedeute das eine finanzielle Entlastung. Trotzdem bleibe die Reform nur eine „Notoperation“, die finanzschwache Kommunen nicht völlig gesunden lasse. Dazu müssten die Schlüsselmasse und die Ausgleichsmasse weiter erhöht und das Investitionsbudget in die kommunale Eigenverantwortung gegeben werden. Seine Fraktion werde aufmerksam verfolgen, wie sich die Änderungen im Finanzausgleichsgesetz in den kommenden beiden Jahren auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen auswirken. „In Erwartung des größeren Wurfs mit der angekündigten FAG-Novelle 2020 werden wir dem Gesetzentwurf als Schritt in die richtige Richtung zustimmen.“

„Mit dem Finanzausgleichsgesetz ist uns ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gelungen“, zeigte sich auch **Marc Reinhardt** (CDU) überzeugt. Es werde spürbare Verbesserungen für Kommunen mit sich bringen. Dass die Änderungen nicht alle finanziellen Wünsche erfüllen können, liege in der Natur der Sache. Nun gelte es, die nächste Re-

formstufe in den Blick zu nehmen. Sie müsse zum Ziel haben, „dass möglichst viele, wenn nicht gar fast alle Gemeinden im Land es schaffen“, mehr als nur ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. „Wenn uns das gelingt, können wir vor Ort die Kommunalpolitik stärken. Und das ist aus unserer Sicht die beste Möglichkeit, der Demokratieverdrossenheit entgegenzuwirken und die Bürger für Politik zu interessieren.“

Für DIE LINKE bleibt der Gesetzentwurf weit hinter dem zurück, was die Landesregierung seit Jahren verspreche. Die höhere Beteiligungsquote kompensiere lediglich weggefallene Sonderhilfen, monierte **Jeannine Rösler**. Auch von den Entschuldungshilfen hätten viele Gemeinden nichts. „Davon werden vornehmlich große Städte profitieren, die laufend positive Saldi ausweisen können.“ Um die „massiven strukturellen Probleme“ im Land zu lösen, müssten die Kommunen viel mehr Geld erhalten – und zwar schon mit der jetzigen FAG-Novelle. Die geplanten 35 Millionen würden gerade einmal die Kostensteigerungen kompensieren, so Rösler. DIE LINKE fordere, 120 Millionen Euro „in das System zu geben“, um die Kommunen handlungsfähig zu machen, sowie eine Infrastrukturpauschale einzuführen. Das brächte den Gemeinden mehr

Spielraum für Investitionen. „Die wollen ja keine Schlösser bauen. Hier geht es um das absolut Notwendige: um Technik für die Feuerwehr, für Schulen und um Straßenunterhaltung.“ Die Änderungsanträge dazu fanden jedoch keine Mehrheit.

Für seine Fraktion seien drei Punkte ausschlaggebend, dem Gesetzentwurf „im Interesse der kommunalen Familie“ zuzustimmen, erklärte **Bernhard Wildt** (BMV): der Entschuldungsfonds, der Familienleistungsausgleich und die allgemeine Erhöhung der Zuweisungen. Das alles könne aber nur „ein Zwischenschritt“ sein, sagte er mit Blick auf die im Bundesvergleich „unterdurchschnittliche“ Finanzkraft der Kommunen. „Wir haben den Ehrgeiz und die Hoffnung, dass ab 2020 die Regeln des Finanzausgleichs noch einmal deutlich verbessert werden.“ Dazu gehöre auch, zu hinterfragen, ob es tatsächlich stets die zentralen Orte seien, die überdurchschnittlich Aufgaben erfüllten. Wildt regte zudem an, die Steuerung des Finanzausgleichs nicht länger zwischen Finanz- und Innenministerium zu splitten. „Sonst besteht immer die Gefahr, dass der eine den horizontalen und der anderen den vertikalen Ausgleich für zielführend hält.“

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/1129*

*Beschlussempfehlung Innenausschuss*

*Drucksache 7/1639*

*Änderungsanträge DIE LINKE*

*Drucksachen 7/1657 und 7/1664*

### Wortprotokoll der Debatte

Die Zweite Lesung eines Gesetzes gilt gemeinhin als „Stunde des Parlaments“. Dennoch haben im Verlauf der Debatte Innenminister Lorenz Caffier und Finanzminister Mathias Brodtkorb als Regierungsmitglieder Stellung zum neuen Finanzausgleichsgesetz bezogen. Die komplette Debatte im Wortlaut können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen. [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Wie wirksam ist der Kita-Zuschuss?

Opposition kritisiert Finanzierungssystem des Landes / Regierung kündigt Stufenplan für beitragsfreie Kita an

■ Wer sein Kind ganztägig in der Krippe betreuen lässt, zahlt dafür bis zu 320 Euro pro Monat. Im Kindergarten sind es bis zu 220 Euro. Seit Jahresbeginn erhalten Eltern auf diese Beiträge vom Land einen Zuschuss von bis zu 50 Euro pro Monat. Der verfehlt in vielen Familien aber seine Wirkung, kritisiert DIE LINKE. Denn so mancher Kita-Träger hat im selben Atemzug seine Beiträge erhöht. In manchen Fällen zahlen Eltern dadurch trotz des Zuschusses mehr als vorher. Mit ihrem Antrag forderte die Linksfraktion deshalb von der Landesregierung, „umgehend“ Maßnahmen zu ergreifen, die Eltern „tatsächlich“ entlasten, und auch bei der Einführung einer beitragsfreien Kinderbetreuung aufs Tempo zu drücken. SPD und CDU verwiesen auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und lehnten den Antrag ab.

**Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) warf in ihrer Antragsbegründung der Koalition vor, die Elternentlastung nur „halberzig“ eingelöst zu haben. „600 Euro im Jahr klingen zunächst toll. Aber diese 600 Euro sind längst durch gestiegene Gebühren eingeholt, überholt, aufgefressen und verpufft.“ Viele Eltern seien „enttäuscht und wütend“ und fühlten sich „betrogen“. Auch beim Thema „kostenfreie Kita“ verhalte sich die Landesregierung „unredlich“. Sie wecke bei Eltern Hoffnungen, die sie mit dem jetzigen Finanzierungssystem gar nicht erfüllen könne. Da helfe auch das in den Sondierungsgesprächen versprochene Geld vom Bund nicht weiter. Ihre Forderung an SPD und CDU: Das Finanzierungssystem „auf den Kopf und dann wieder auf die Beine“ zu stellen und die Eltern dabei komplett herauszuhalten. „Wie das geht, können Sie sich bei an-



Foto: Jens Büttner

deren Bundesländern abgucken.“ Hamburg habe die beitragsfreie Kita schon eingeführt, Berlin sei auf dem Weg dahin. „Und das auch ohne den Bund.“

Die zum Jahresanfang eingeführte Elternentlastung komme sehr wohl bei den Familien an, widersprach Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Auch bei denen mit einer Beitragserhöhung. „Sie hätten sonst viel mehr Geld bezahlt.“ Sie halte es für richtig, dass sich das Finanzierungssystem nicht an Pauschalen orientiere, sondern Merkmale wie Kita-Ausstattung oder Bezahlung der Erzieher in den Entgelten abbilde. Erklärtes Ziel bleibe weiterhin die kostenlose Kita, bekräftigte Schwesig. „Ich habe in meiner Regierungserklärung versprochen, dass ich in diesem Jahr dafür einen Stufenplan vorlegen werde. Und dieses Versprechen werde ich auch einlösen.“ Sobald klar sei, nach welchem Schlüssel der Bund die in den Sondierungsgesprächen zugesagte Unterstützung von 3,5 Milliarden Euro auf die Länder verteile, könne dieser Plan erarbeitet werden. Auf andere Bundesländer zu blicken, halte sie nicht für zielführend. In Hamburg beispielsweise seien nur fünf Stunden pro Tag beitragsfrei gestellt. „Das geht an der Lebenswirklichkeit der Familien in unserem Land vorbei.“



In M-V besuchen rund 97 Prozent der Über-Dreijährigen eine Kita.

Foto: Jens Büttner

Wer es mit der Elternentlastung wirklich ernst meine, könne sich nicht vor einer Änderung des Finanzierungssystems „drücken“, stimmte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) den Linken zu. „Das ist eine enorm große, aber dringende Aufgabe“. Er forderte, schnellstmöglich mit allen Akteuren in Dialog zu treten und „eine ehrliche Bestandsanalyse der komplexen Strukturen“ vorzunehmen. Und das nicht nur im Sinne einer Elternentlastung. Es gehe auch um eine finanzielle Entlastung und bessere Planbarkeit für Kommunen, um weniger Bürokratie, mehr Qualität und eine faire Bezahlung der Erzieher. „Das ist kein Teufelswerk. Wir müssen auch nicht alles neu erfinden. Wir können von den Erfahrungen anderer Bundesländer profitieren.“ Darüber hinaus regte er an, auch diejenigen Eltern in den Blick zu nehmen, die ihre Kinder zu Hause betreuen. „Hier muss über einen entsprechenden Ausgleich nachgedacht werden.“ Zum Beispiel bei der Anrechnung auf die Rente.

Für **Maika Friemann-Jennert** (CDU) macht es sich DIE LINKE „zu einfach“. Dass die Entlastung nicht bei den Eltern ankomme, „stimmt so einfach nicht“. Sie erwarte, dass die Linksfraktion unvoreingenommen konstruktive Finanzierungsvorschläge unterbreite. „Mein Vorschlag: Lassen Sie uns haushaltspolitisch verantwortlich und verlässlich die Zielstellung aus dem Koalitionsvertrag um-

setzen.“ Mit ihrer Fraktion werde es die beitragsfreie Kita nur auf dem seit 2006 eingeschlagenen Weg geben. „Und das bedeutet: keine Neuverschuldung.“ Die Unionspolitikerin betonte, dass die Landesausgaben für die Kita-Betreuung in den vergangenen zehn Jahren von 91 Millionen Euro auf 216 Millionen Euro gestiegen seien und Eltern von Krippen- und Vorschulkindern bereits seit 2012 um bis zu 100 Euro bzw. bis zu 80 Euro entlastet würden. „Ich würde es begrüßen, wenn wir hier im Landtag verstärkt eine Debatte über die Qualität in Kitas eröffnen. Hier besteht tatsächlich Handlungsbedarf.“

„Die 50 Euro sind definitiv keine Entlastung, wenn das Land sein Finanzierungssystem nicht grundlegend ändert“, sagte **Christel Weißig** (BMV). Sie betonte, dass Kita-Träger keine andere Wahl hätten, als steigende Ausgaben auf die Beiträge umzulegen. Ein „entscheidender Kostentreiber“ dabei seien Tarifierhöhungen beim Personal. „Sollen die Kitas jetzt versuchen, da zu sparen? Wir wissen doch genau, wie es um die mäßige Bezahlung steht.“ Hauptproblem sei vielmehr der gesetzlich fixierte Landeszuschuss. Der falle mit seiner zweiprozentigen Erhöhung pro Jahr im Vergleich zu den wachsenden Kosten „geradezu lächerlich“ aus. „Und am Ende müssen die Eltern bluten.“ Weißig schlug vor, die Kitas schätzen zu lassen,

wie sich deren Kosten und damit auch Elternbeiträge fürs Folgejahr entwickeln. „Und das Land fängt dann flexibel und umfassend die sich ergebende Differenz auf.“ So käme die 50-Euro-Entlastung tatsächlich bei den Eltern an.

Die Maßnahmen der Landesregierung als „unwirksam“ zu bezeichnen, sei „schlichtweg falsch“, konterte **Nadine Julitz** (SPD). Sie widersprach auch dem erweckten Eindruck, Träger hätten angesichts der 50-Euro-Entlastung durch das Land ihre Gebühren angehoben. Diesen direkten Zusammenhang gebe es nicht. „Frau Bernhardt, Sie wissen genau, wie Entgeltverhandlungen geführt werden.“ Gerade DIE LINKE fordere doch immer gute Löhne und qualitativ hochwertige Kitas. „Das sind Gründe, warum die Gebühren steigen.“ Über das Ziel der kostenfreien Kita bestehe ja Einigkeit. „Ihre Forderung ist also unnötig. Dadurch entsteht die gut durchdachte Finanzierung auch nicht früher.“

Wer behaupte, die 50 Euro seien eine Entlastung, verkaufe die Leute für „dumm“, entgegnete **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Sie sprach von „Wählertäuschung und Stimmenfang auf Kosten der Familien im Land“. Seit mehr als zehn Jahren kündigten SPD und CDU die beitragsfreie Kita an. „Das ist unredlich.“ Aus ihrer Sicht hätte die Landesregierung angesichts der Millionenüberschüsse im Doppelhaushalt 2018/2019 ein deutliches Zeichen für die Beitragsfreiheit setzen können. „Die ewige Mär von den steigenden Millionen“, die die Koalition in den vergangenen Jahren in das Kita-System gesteckt habe, höre sich gut an. „Sie vergessen dabei aber zu sagen, dass die Kinderzahlen gestiegen sind und die Elternbeiträge prozentual deutlich stärker erhöht wurden als die Landesmittel.“ Hier müsse das Land weitaus mehr Verantwortung übernehmen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten verschlinge allein die Bürokratie rund acht Millionen Euro.

Antrag DIE LINKE  
Drucksache 7/1590



## Weniger EU-Mittel?

Land drängt auf bestmögliche Förderung

■ Sie heißen EFRE, ESF und ELER und sind die Abkürzungen für Fördertöpfe der Europäischen Union, aus denen auch Mecklenburg-Vorpommern Zahlungen erhält. Geld, das zum Beispiel in Schulen und Kitas fließt, in Straßen und Radwege, in soziale Projekte und Bildungsangebote, in Wirtschaft und Forschung. Von 2014 bis 2020 sind das insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro. Inwiefern M-V auch danach von einer solchen EU-Förderung profitieren wird, ist jedoch ungewiss. Neue Herausforderungen, wie der EU-Austritt Großbritanniens oder die Militärunion, zwingen die EU, anders zu haushalten als bisher. In der Folge hat sie Veränderungen in der regionalen Förderpolitik angekündigt. Der Landtag hat die Landesregierung deshalb einstimmig aufgefordert, sich auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel dafür einzusetzen, dass M-V auch in der nächsten Förderperiode bestmöglich finanziell ausgestattet werde und diese Gelder flexibel verwenden könne.

Mecklenburg-Vorpommern habe in den vergangenen 27 Jahren erheblich von den Fördermitteln der EU profitiert: Seit 1991 seien mehr als 10 Milliarden Euro geflossen, verdeutlichte **Jochen Schulte** (SPD). „Diese europäischen Mittel haben

dazu beigetragen, dass wir heute da stehen, wo wir stehen, und dieses Land gut dasteht.“ Mit dem Austritt Großbritanniens müsse die EU Mindereinnahmen von 12 bis 14 Milliarden Euro verkraften. Das werde auch die Situation für Mecklenburg-Vorpommern verändern. Die Europäische Kommission habe bereits „klipp und klar“ angekündigt, die Förderungen zu kürzen und auf einen „europäischen Mehrwert“ auszurichten. Noch sei unklar, wie dieser Mehrwert definiert werde. An dieser Stelle müsse auch Mecklenburg-Vorpommern deutlich Position beziehen und für seine Vorstellungen werben. „Wir haben die einmalige Chance, dass sich am 15. März die Ministerpräsidenten der Länder in Brüssel zu diesem Thema verständigen. Deswegen haben wir heute diesen Antrag eingebracht.“

„Was ist die Intention des Antrags?“, fragte **Dirk Lerche** (AfD). Für ihn sei es „selbstverständlich“, dass die Landesregierung in Brüssel um ein bestmögliches Ergebnis für Mecklenburg-Vorpommern ringe. Dafür extra einen Antrag zu stellen, erwecke bei ihm den Eindruck, die Regierungsparteien wollen ihren Wirtschafts- und ihren Landwirtschaftsminister „aufwecken“. Natürlich werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. „Aber wir betrachten ihn als Beschädigung unserer Regierung.“

„Sie verkennen die Intention des Antrags komplett“, entgegnete **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Mecklenburg-Vorpommern erhalte zwischen 2014 und 2020 etwa 2,3 Milliarden Euro von der EU. „Das sind 29 Prozent unseres Landeshaushalts.“ Fallen diese Gelder weg, ent-



stehe eine Lücke, die sich nicht mit Landesmitteln kompensieren lasse. „Gerade deswegen müssen wir dafür werben, auch zukünftig so viele Mittel wie möglich aus den EU-Töpfen zu bekommen“ und darum, diese flexibel einsetzen zu dürfen. Das Land sei dabei „kein Bittsteller, der mit prall gefüllten Taschen bei der EU um noch praller gefüllte Taschen wirbt“: Die strukturellen Unterschiede, etwa in der Arbeitsmarktentwicklung, verlangen dieses Bemühen. „Nicht, dass die Landesregierung da anderer Auffassung wäre. Aber es stellt die Exekutive am 15. März noch besser, wenn sie auf eine möglichst breite Zustimmung aus der Legislative verweisen kann.“

„Wer fordert, die Regionen sollen künftig mit weniger Geld möglichst mehr erreichen, der sollte auch offen zugeben, dass ihm der soziale, wirtschaftliche und territoriale Zusammenhalt, gelinde gesagt, am Allerwertesten vorbeigeht“, kritisierte **Karsten Kolbe** (DIE LINKE) die Kürzungspläne der EU. Deshalb müsse das Land „ganz klare Kante“ zeigen und für eine vernünftige Förderung über 2020 hinaus streiten. Er warnte vor statistischen Verzerrungen durch den Brexit. „In dem Moment, wo wirtschaftsstarke Regionen die EU verlassen, wird auch unser Land im Vergleich zu weniger

### EU-Ausschuss der Regionen



Tilo Gundlack vertritt den Landtag im EU-Ausschuss der Regionen.

Ende Januar vertrat Tilo Gundlack den Landtag bei der 127. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR). Auf der Tagesordnung standen u.a. das Arbeitsprogramm der EU-Kommission und die Task-Force Subsidiarität. Zudem wurden die Themen „Erasmus“ für lokale und regionale Mandatsträger, die Koexistenz mit konkurrierenden Tierarten, wie beispielsweise dem Wolf, und die Halbzeitüberprüfung des Digitalen Binnenmarktes diskutiert.

Mit der Initiative WiFi4EU sollen in bis zu 8.000 Kommunen Europas 120 Millionen Euro für die Förderung frei zugänglichen, öffentlichen WLANs zur Verfügung gestellt werden. Die Herausforderung besteht darin, das Wachstumspotenzial der digitalen Wirtschaft optimal auszuschöpfen, zugleich aber den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten und Cyberattacken abzuwehren.

entwickelten Regionen durchschnittlich besser dastehen.“ Dafür müsse es in den Finanzplänen Übergangszeiträume geben. Auch die engere Verzahnung von EU-Strukturfonds mit Finanzinstrumenten, die sogenannten Juncker-Fonds, betrachte seine Fraktion „sehr kritisch“. Umso wichtiger sei eine „möglichst geschlossene Position des Landtages“ in der europäischen Förderfrage.

Wer den Antrag als „Selbstverständlichkeit“ abtue, habe nur „sehr oberflächlich“ auf ihn geschaut, befand **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender der BMV. Mit seinem Ansinnen halte der Antrag dem Parlament einmal „den Spiegel vor, wie man sich fühlt, wenn man auf der unteren Ebene ist“, sagte er in Anspielung auf die Finanzbeziehungen von Land und Kommunen. Wildt verwies auf den „Multiplikator-Effekt“, den Fördermittel in Form von Eigenanteilen mit sich brächten: Auf diesem Wege privates Geld für Investitionen zu mobilisieren, sei auch eine Form von „Mehrwert“. Er frage sich jedoch: „Sind es die richtigen Schwerpunkte, die wir unterstützen?“ Den Fokus auf Forschung und Innovation, digitale Agenda und Mittelstandsförderung zu legen, halte er für richtig, eine CO<sub>2</sub>-emissionsarme Wirtschaft zu unterstützen, dagegen für fragwürdig.

„Ich würde mir an der einen oder anderen Stelle durchaus auch eine andere Schwerpunktsetzung wünschen“, erwiderte **Jochen Schulte** (SPD). Die Rahmenbedingungen setze jedoch die Europäische Kommission. Dem Land bleibe aber die Möglichkeit, innerhalb des Rahmens mit eigenen Programmen zu bestimmen, wie das Geld tatsächlich ausgegeben werde. Verständnislos reagierte Schulte auf den Redebeitrag der AfD. Wer das Bemühen der Landespolitik um eine bestmögliche Anschlussförderung so „lapidar“ abtue, verkenne, wovon das Land wirtschaftlich über 20 Jahre gelebt, Arbeitsplätze, Infrastruktur und soziale Teilhabe geschaffen und Unternehmen gefördert habe.

Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/1592

## Keine Steuergelder für die NPD

Landtag fordert Ausschluss von der Parteienfinanzierung

■ 12.161 Euro – so viel Geld hat die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 2017 aus Steuermitteln erhalten. Damit soll bald Schluss sein. Der Landtag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die rechtsextreme Partei zügig von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Eine solche Entscheidung kann jedoch ein Bundesland nicht im Alleingang treffen, sondern muss vom Bundesverfassungsgericht beschlossen werden. Einen entsprechenden Antrag können nur Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung stellen. SPD, CDU, DIE LINKE und BMV forderten die Landesregierung daher in einem gemeinsamen Antrag auf, sich im Bundesrat für die Einleitung eines solchen Verfahrens einzusetzen. Die AfD stimmte ebenfalls dafür, kritisierte aber, bei der Antragsstellung übergangen worden zu sein. Der Bundesrat hat inzwischen einstimmig den Gang zum Bundesverfassungsgericht beschlossen.

„Es ist niemandem logisch zu erklären, warum wir auf der einen Seite Mittel für Demokratie und Teilhabe aufwenden und auf der anderen Seite Feinde der Demokratie und ihre Strukturen durch staatliche Mittel stützen“, betonte SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. Allein für das vergangene Jahr seien aus dem Landeshaushalt 12.000 Euro an die NPD geflossen. Bundesweit erhalte die Partei jährlich rund 1,3 Millionen Euro. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotverfahren sei inzwischen ein Jahr alt. Auch die Grundgesetzänderung, die es erlaube, verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Finanzierung auszuschließen, liege bereits Monate zurück. Ein gemeinsamer Antrag von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung lasse jedoch immer noch auf sich warten. „Wir wollen den Verfassungsfeinden aber nicht länger

Zeit geben. Deshalb haben wir den interfraktionellen Antrag aufgesetzt“ – und als Bekräftigung, das gemeinsame Engagement gegen jedwede Form von Rechtsextremismus fortzusetzen; egal, ob sich diese in Form der NPD oder anderen Varianten zeige.

Eine gerichtlich bestätigte Verfassungsfeindlichkeit mit Steuergeldern zu subventionieren, passt auch für Innenminister **Lorenz Caffier** nicht zusammen. Man könne zum Ausgang des Verbotverfahrens stehen, wie man wolle. „Das ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die hat man zu akzeptieren“, sagte er in Bezug auf das Anfang 2017 abgelehnte NPD-Verbot. Der Hinweis der Karlsruher Richter, über einen Entzug der Parteienfinanzierung nachzudenken, sei jedoch ein deutlicher „Wink mit dem Zaunpfahl“ gewesen. Der Bundesrat werde das Thema deshalb auf seine nächste Tagesordnung setzen. „Wir haben uns für diesen Weg entschieden, weil wir nicht wissen, ob in näherer Zukunft schon eine Bundesregierung existiert, und so lange wollen wir nun alle nicht mehr warten.“ Er freue sich, dass das Parlament mit seinem Antrag diese Entscheidung mit großer Mehrheit mittrage, so Caffier.

„Natürlich stimmen wir Ihrem Antrag zu“, unterstrich AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. „Da die anderen Fraktionen es aber nicht für nötig hielten, die AfD-Fraktion an diesem Antrag mitwirken zu lassen, entziehen wir uns dieser Debatte.“ Wer meine, „der Schweriner Irrweg“ sei der richtige Weg, um sich einer „konstruktiven“ Zusammenarbeit mit seiner Fraktion zu entziehen, der befinde sich auf dem „Holzweg“. Er dankte Thomas Krüger für seine „richtigen Worte“. „Jedoch erlauben Sie mir eine Korrektur: Gemeinsam bedeutet miteinander und alle. Wir hätten uns sehr darüber gefreut, hätten Sie uns auch in diesen Antrag mit einbezogen.“

Dass die AfD „diese Marschrichtung“ vertrete, habe er erwartet, so **Marc Reinhardt** (CDU). „Insofern kann uns das nicht weiter betrüben.“ Die Karlsruher Richter seien vor einem Jahr zu dem Schluss gekommen, dass die NPD derzeit zu unbedeutend sei, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verwirklichen.

„Sowohl Gesellschaft als auch Politik sind nunmehr gehalten, mit dem Urteil umzugehen.“ Deshalb unterstütze seine Fraktion das Ansinnen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen und Verfassungsfeinden den finanziellen Boden entziehen. „Da laden wir Sie alle herzlich zu ein, auch die Kollegen der AfD, wenn sie es sich noch überlegen wollen.“

Für **Peter Ritter** (DIE LINKE) ist es „höchste Zeit“, dass der Antrag kommt. Damit dürfe die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aber nicht aus dem Landtag verschwinden. Die NPD sei nur „ein kleiner Bestandteil“ der rechtsextremistischen Szene im Land. „Deswegen muss es unsere große Herausforderung sein, uns über diesen Einzelaspekt hinaus mit dem rechtsextremen Gedankengut in Mecklenburg-Vorpommern auseinanderzusetzen und

ihm seine Grundlagen zu entziehen.“ Dass die AfD-Fraktion nicht in den Antrag mit einbezogen wurde, habe sie sich selbst zuzuschreiben. „Das liegt allein an Ihrem Agieren hier im Landtag.“ Ritter erinnerte daran, dass die AfD vor einem Jahr, in der Debatte zum Karlsruher Urteil, gegen ein klares Signal gegen Rechtsextremismus gestimmt und das Verbotverfahren als „Geldverschwendung“ bezeichnet habe. „Auch, dass viele Ihrer Fraktionskollegen jetzt demonstrativ den Saal verlassen haben, hat bestimmte Gründe.“

„Verfassungsfeinde jedweder Couleur dürfen nicht das Geld des Steuerzahlers erhalten“, machte **Dr. Matthias Manthei** die „grundlegende Überzeugung“ der BMV deutlich. Eine Partei, die wie die NPD von einer „nebulösen Volksgemeinschaft“ fabuliere und nur diejenigen an der politischen Willensbildung teilha-

ben lassen wolle, „die auch ethnisch deutsch sind“, missachte die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit den „elementaren Verfassungskern“ der Bundesrepublik Deutschland. Wer den Staat abschaffen wolle, dürfe nicht auch noch von diesem dafür bezahlt werden. „Es ist die permanente Gefahr für eine Demokratie, dass ihre Feinde die Freiheiten missbrauchen, um die Demokratie selbst abzuschaffen.“ Für seine Fraktion stehe deshalb fest: „Wir werden die Dummheiten aus der Weimarer Zeit nicht wiederholen.“

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BMV  
Drucksache 7/1591

### Staatliche Parteien-Finanzierung

Die Höhe der staatlichen Teilfinanzierung politischer Parteien bemisst sich nach dem Grad ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft. Kriterien hierfür sind zum einen die von den Parteien erzielten Wahlerfolge, zum anderen ihre Ergebnisse bei der Einwerbung von Zuwendungen natürlicher Personen. In den Genuss von staatlichen Zuschüssen kann eine Partei nur dann kommen, wenn sie bei der letzten Bundestagswahl min-

destens 0,5 Prozent, bei der Landtagswahl mindestens 1,0 Prozent der gültigen Zweitstimmen bekommen hat.

Für das Jahr 2017 haben gemäß § 18 Absatz 4 Parteiengesetz folgende Parteien grundsätzlich Anspruch auf staatliche Finanzierung (Reihenfolge nach den insgesamt bei den jeweils letzten Wahlen zum Bundestag, Europaparlament und zu den Landesparlamenten erzielten Stimmen).

Bundestagsparteien	Sonstige Parteien
CDU	FREIE WÄHLER
SPD	Tierschutzpartei
GRÜNE	PIRATEN
AfD	Die PARTEI
DIE LINKE	NPD
FDP	ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei)
CSU	FAMILIE
	BP (Bayernpartei)
	LKR (Liberal-Konservative Reformer, davor Alfa)
	SSW (Südschleswigscher Wählerverband)
	BVB/Freie Wähler (Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/FREIE WÄHLER)
	Graue Panther
	Tierschutzallianz

Bei der Festsetzung 2017 tragen die Länder etwa 12 Prozent und der Bund etwa 88 Prozent der staatlichen Finanzierung.

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM 3 (Parteienfinanzierung, Landesparlamente)

### Persönliche Bedürfnisse und eine namentliche Abstimmung

Zu Beginn der Debatte über die Parteienfinanzierung der NPD haben einige AfD-Fraktionsmitglieder den Plenarsaal verlassen. **Thomas Krüger**, Vorsitzender der SPD-Fraktion, forderte am Ende der Aussprache die AfD auf, Stellung zu beziehen, warum das „ausgerechnet vor dieser Debatte“ der Fall gewesen sei. „Hängt es vielleicht damit zusammen, dass ein Teil Ihrer Fraktion ein Problem mit diesem Antrag hat?“ Diesen Eindruck wies AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** zurück. „Auch meine Kollegen haben ein menschliches Bedürfnis“, erklärte er. „Dass das nun mit dem Antrag zusammenfällt, scheint ein unglücklicher Zufall zu sein.“ Persönliche Bedürfnisse seien natürlich zu berücksichtigen, konterte **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Ich habe aber das große Bedürfnis, dass wir hier eine klare Positionierung des hohen Hauses zu diesem Thema erreichen. Deshalb beantrage ich namentliche Abstimmung.“ Am Ende beteiligten sich 61 Abgeordnete an der Abstimmung, darunter auch alle AfD-Abgeordneten. Es gab 61-Jastimmen, somit keine Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen.



Beim Start der Anhörungsreihe des Sozialausschusses „Jung sein in M-V“ forderten die jugendlichen Sachverständigen und Beobachter unisono das Wahlalter 16 für Landtagswahlen.

Foto: Landtag M-V

## Wahlalter 16

DIE LINKE scheitert mit Gesetzentwurf / Koalition plant Volksbefragung

■ Sollen auch 16- und 17-Jährige bei Landtagswahlen wählen dürfen? Darüber debattierte das Parlament auf Antrag von Oppositionsfraktionen in den vergangenen Legislaturperioden schon mehrfach. DIE LINKE unternahm jetzt einen neuen Anlauf, das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Rückenwind erhält sie dabei von den Jugendlichen, die in der Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“ mit Abgeordneten und Experten die Wünsche und Bedürfnisse junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ausloten – und das Wahlrecht ab 16 als eine Kernforderung sehen. SPD und CDU verwiesen auf den Koalitionsvertrag, der zu diesem Thema eine Volksbefragung vorsehe. Auch BMV und AfD lehnten den Gesetzentwurf in Zweiter Lesung ab.

„In Zeiten des demografischen Wandels geraten die Interessen von Jugendlichen immer weiter in den Hintergrund. Deshalb ist es wichtig, auch sie an Wahlen teilnehmen zu lassen, damit Politik, also wir, ihre Interessen stärker berücksichtigen“, warb **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) in ihrer Einbringungsrede noch einmal für die Absenkung des Wahlalters. Jugendliche frühzeitig an demokratischen Prozessen zu beteiligen, fördere die gesellschaftliche Identifikation und die Demokratie, wäre also ein großer Gewinn, so Bernhardt. Sie nannte es „unehrlich“ von SPD und CDU, immer wieder die geplante Volksbefragung vorzuschieben. „Sie haben das Mittel gewählt, weil es unverbindlich ist.“ Wäre den Sozialdemokraten das Thema wirklich wichtig gewesen, hätten sie als stärkste Partei in den Koalitionsverhandlungen auf der Einführung bestanden. „Also stellen Sie sich hier nicht als Opferfraktion hin.“

„Ich stimme Ihnen in allen inhaltlichen Ausführungen, warum das Wahlalter 16 sinnvoll ist, zu“, sagte **Nadine Julitz** (SPD). Sie selbst habe mit Besuchergrup-



Gratik: LJR

pen immer wieder über das Thema gesprochen und am Ende auch Skeptiker vom Wahlalter 16 überzeugen können. „Leider fruchten diese Argumente bei unserem Koalitionspartner eben nicht.“ Trotz ihrer unterschiedlichen Meinungen hätten sich SPD und CDU auf eine Volksbefragung geeinigt. „Das heißt ja nicht, dass wir fragen und dann nichts passiert.“ Eine Altersabsenkung allein reiche jedoch nicht. Das habe auch die erste Anhörung zu „Jung sein in M-V“ deutlich gemacht: Solch ein Schritt müsse auch zusätzlich in der politischen Bildung begleitet werden. „Dieser Bewertung schließe ich mich ausdrücklich an.“

Nur an den Rechten für Jugendliche zu drehen, greift nach Ansicht von AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** zu kurz. Wer das Wahlalter senken und damit mehr Gerechtigkeit einführen wolle, müsse auch über das Absenken der Strafmündigkeit, der Wehrpflicht oder Änderungen im Jugendschutzgesetz nachdenken. Solch ein „Rundumschlag“ wäre aber „viel zu umfänglich“ und brächte einen „viel zu schwachen Nutzen“. „Deshalb lehnen wir den Antrag ab.“ Damit wolle er keineswegs den Jugendlichen ihre Reife absprechen, so Kramer. Er verwies jedoch auf Aussagen von Experten, wonach Jugendliche „zu einer Radikalität in ihrer politischen Entscheidung neigen“. „Das ist ja weder in Ihrem Sinne, Frau Bernhardt, noch im Sinne meiner Fraktion.“ Ihm erscheine es daher sinnvoller, erst einmal für mehr politische Bildung im Unterricht zu sorgen.

„Die Volljährigkeit ist mit bestimmten Rechten und Pflichten verbunden. Und ich glaube, es ist gut, das so beizubehalten“, machte **Sebastian Ehlers** für die CDU deutlich. Jugendliche hätten auch schon vor dem 18. Geburtstag genügend Möglichkeiten, sich einzubringen, etwa in Kinder- und Jugendräten, Schülerräten oder politischen Jugendverbänden. Dass 16-Jährige bei Kommunalwahlen schon wählen dürfen, aber bei Landtagswahlen nicht, halte er nicht für einen Widerspruch: Anders als Land-

tag oder Bundestag seien kommunale Vertretungen keine gesetzgebenden Parlamente. Er warf den Linken vor, die Altersfrage „völlig willkürlich“ an der Zahl 16 festzumachen. „Wieso sagen Sie nicht 14 oder 12 oder Familienwahlrecht?“ Er erwarte, dass DIE LINKE jetzt mit Respekt die vereinbarte Volksbefragung abwarte, anstatt „im vorausliegenden Gehorsam“ zu versuchen, ihre Gesetzesinitiative durchzubringen.

Demokratische Mitsprache – auch für **Dr. Matthias Manthei** (BMV) spiegelt sich das nicht allein in Rechten, sondern auch in Verantwortung wider. „Weshalb sollte ein 16-Jähriger die Reife haben, ein Parlament zu wählen, nicht aber einen Vertrag allein abzuschließen?“ In der logischen Konsequenz bedeute das: „Wer das Wahlalter auf 16 Jahre absenken will, müsste auch die Volljährigkeit auf 16 Jahre absenken.“ Er mahnte zu Umsicht bei dem Thema. „Das Parlament ist immerhin ein Gesetzgebungsorgan und damit eine der drei staatlichen Gewalten.“ Mit einem niedrigeren Wahlalter auf eine höhere Wahlbeteiligung zu schielen, halte er ebenfalls für nicht angebracht. „Es muss doch Ziel bleiben, die Wahlbeteiligung generell zu erhöhen.“ Seine Fraktion bleibe daher dabei: „Wir werden diesen Antrag ablehnen.“

Dass es ihrer Fraktion bei dem Vorstoß um eine höhere Wahlbeteiligung gehe, wies **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE)

strikt zurück. „Das haben wir nie so vorgebracht.“ Es gehe allein darum, Jugendlichen mehr zuzutrauen und sie bei politischen Entscheidungen mitzunehmen. Die Zahl 16 habe sich aus vielen Gesprächen mit Jugendlichen ergeben. „Überall ist die Forderung: Wahlalter 16. Und genau das nehmen wir ernst und tragen wir ins Parlament.“ Sie hätte sich gewünscht, dass die Argumente dazu nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfs in den Ausschüssen beraten worden wären. „Leider wollten Sie das nicht.“

*Der Gesetzentwurf der Linken war am 18. Oktober 2017 in Erste Lesung behandelt worden. Eine Überweisung in die Ausschüsse zur Detailberatung hatte damals keine Mehrheit gefunden, sodass entsprechend der Geschäftsordnung der unveränderte Gesetzentwurf nach einer Frist von spätestens drei Monaten automatisch zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wurde.*

*Gesetzentwurf DIE LINKE  
Drucksache 7/1124*

## Jugend debattiert im Landtag

■ 6. März 2018. Hinter den Schülerinnen und Schülern liegt ein anstrengender Tag: Bei einem Rhetorik-Seminar haben sie für das Landesfinale „Jugend debattiert“ trainiert. Für einen Abend-Spaziergang durchs Schloss reicht die Kraft aber allemal – schließlich findet hier am 10. April im neuen Plenarsaal das Landesfinale des Redewettstreits statt.



Foto: Landtag M-V

## Weitere Beschlüsse

### Kommunalprüfungen

Der Landesrechnungshof hat mehr Prüfrechte bekommen. Die Behörde hat nun auch die Möglichkeit, bei Verbänden und Vereinen zu kontrollieren, ob sie die Gelder, die sie von kommunalen Trägern für übertragene Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfe erhalten, sachgerecht einsetzen. Diese Möglichkeit oblag bislang allein den Landkreisen und Kommunen. Die seien nach Angaben der Landesregierung jedoch vielfach kaum in der Lage, landesweit tätige Leistungserbringer wirkungsvoll zu prüfen. Für das Mehr an Verwaltungsaufwand soll der Landesrechnungshof drei neue Planstellen erhalten. Die Prüfungsrechte der kommunalen Körperschaften bleiben daneben aber bestehen. Die Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes stieß im Landtag auf breite Zustimmung; nur DIE LINKE enthielt sich der Stimme.

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition*

*Drucksache 7/413*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/1523*

### Sozialgesetzgebung

Verschiedene Gesetzgebungen auf Bundesebene haben zu Änderungen in den Sozialgesetzbüchern geführt. Damit einhergehend muss auch das Land sein Landesausführungsgesetz, Landesblindengeldgesetz und Kommunalsozialverbandsgesetz anpassen. Dabei geht es unter anderem um Anpassungen bei der Meldung von Leistungsberechtigten nach dem Bundesteilhabegesetz, bei der Entlastung der Kommunen bei den Unterkunft- und Heizungskosten für Flüchtlinge sowie bei der Anrechnung von Pflegegeld auf das Blindengeld.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/1122*

*Beschlussempfehlung Sozialausschuss*

*Drucksache 7/1635*

*Änderungsantrag DIE LINKE*

*Drucksache 7/1665*

### Steuerliche Zusammenarbeit

Bei der Steuer-IT wollen Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein enger zusammenarbeiten. Ziel ist es, durch Arbeitsteilung die Personalressourcen besser zu nutzen. Das bedeutet: Nicht jede Steuerverwaltung muss eigene Mitarbeiter mit Spezialwissen zu sämtlichen IT-Verfahren vorhalten. Stattdessen sollen die Aufgaben je nach Know-how länderübergreifend gebündelt werden. Hintergrund der stärkeren Zusammenarbeit ist die bevorstehende Einführung zahlreicher neuer IT-Verfahren in der Steuerverwaltung. Grundlage der Kooperation ist ein Staatsvertrag zwischen den fünf Bundesländern. Damit dieser in Kraft treten kann, müssen die jeweiligen Landtage zustimmen. Das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern hat dies einstimmig getan.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/1255*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/1632*

### Tariferhöhung für Beamte

Landesbeamte sollen künftig schneller von Tariferhöhungen profitieren als bisher. Bislang mussten sie ein halbes Jahr länger darauf warten, als Angestellte der Landesverwaltung. Ab 2018 sollen Tarifsteigerungen zeitgleich bei Angestellten und Beamten wirksam werden. Mit dem entsprechenden Anpassungsgesetz steigen die Bezüge der Beamten rückwirkend zum 1. Januar um 2,15 Prozent. Eine weitere Neuregelung: Mit der einstimmig beschlossenen Änderung des Landesbesoldungsgesetzes können Beamte, die im Dienst angegriffen werden, künftig Schmerzensgeld vom Land bekommen. Voraussetzung dafür ist, dass sich die in einem rechtskräftigen Urteil bestätigte Forderung nicht gegenüber dem Täter durchsetzen lässt.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/1187*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/163*



Grafik: Landtag M-V

### Datenschutz

Die Europäische Union hat eine neue Datenschutz-Grundverordnung erlassen, die am 25. Mai 2018 in Kraft tritt. Mecklenburg-Vorpommern muss seine datenschutzrechtlichen Normen in Einklang mit dem europäischen Recht bringen. Davon betroffen seien Regelungen im Zuständigkeitsbereich von Innenministerium, Sozialministerium, Bildungsministerium, Justizministerium und Wirtschaftsministerium, fasste Innenminister Lorenz Caffier den Änderungsbedarf ressortbezogen zusammen. Insgesamt gehe es um ein gutes Dutzend Landesgesetze. Grundgedanke der EU-Verordnung sei, einheitliche Datenschutzregelungen für alle Mitgliedsstaaten zu schaffen. „Wann immer Unternehmen, egal von wo aus in der Welt sie agieren möchten, mit den Daten europäischer Bürger umgehen, unterliegen sie europäischem Recht.“ Das beende auch die „Rosinenpickerei“ von Unternehmen, sich aus dem bisherigen „Flickenteppich“ die für ihre Aktivitäten vorteilhafte Rechtsordnung rauszusuchen“. Für Mecklenburg-Vorpommern mache das auch eine Anpassung der Landesverfassung notwendig, mit der die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten erhöht werde. Der Landtag hat die Gesetzentwürfe, die in der Ersten Lesung in einer verbundenen Aussprache debattiert wurden, zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwürfe der Landesregierung*

*Drucksachen 7/1571, 7/1568 (neu), 7/1569,*

*7/1581, 7/1582 und 7/1583*



Foto: Uwe Sinnecker

Landtagsitzungen sind öffentlich. Auf den Gästetribünen über dem Plenum kann man die Debatten hautnah verfolgen.

## Aussprachen

**Wenn das Landesparlament tagt, diskutieren oder beschließen die Abgeordneten nicht nur Gesetzentwürfe und Anträge. Die Fraktionen haben auch die Möglichkeit, Aussprachen zu landesrelevanten Themen auf die Tagesordnung zu setzen, ohne dass dazu am Ende eine Abstimmung erfolgt. In der Januar-Sitzung fanden Aussprachen zu diesen Themen statt:**

*„Untersuchungsauftrag des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ‚Wohlfahrtsverbände‘ erweitern“*

Die LINKE hat sich dafür ausgesprochen, den Prüfauftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Wohlfahrtsverbände" (PUA) um die Kreis- und Regionalverbände weiterer Wohlfahrtsverbände zu erweitern. Bislang beschränkt sich Auftrag nur auf die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Kreis- und Regionalverbände der AWO. Aktuelle Vorwürfe über Verstrickungen von ehrenamtlicher Tätigkeit und finanziellen Profiten gegen den DRK-Kreisverband

Mecklenburgische Seenplatte mache die Erweiterung erforderlich, argumentierte Karen Larisch in der von ihrer Fraktion beantragten Aussprache. Darüber hinaus plädierte sie für eine gerechte Verteilung der Landesmittel für die Sozialarbeit.

In ersten Zeugenvernehmungen befragte der PUA am 26. Februar den früheren Landesrechnungshof-Präsidenten Dr. Tilmann Schweisfurth und den früheren Abteilungsleiter Dr. Wolfgang Schuelper.

*„Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen“*

Die SPD legte in der von ihr beantragten Aussprache den Fokus auf die Entwicklung des Tourismus und forderte die Tourismuswirtschaft auf, stärker in anspruchsvolle touristische Angebote zu investieren. Nachdem das Land in den vergangenen Jahren sowohl die touristische Infrastruktur als auch Unternehmen erheblich unterstützt habe, sieht Jochen Schulte jetzt vor allem Unternehmen in der Pflicht, aktiv zu werden. Mecklenburg-Vorpommern hatte 2017 zum ersten Mal keine Zuwächse bei den Übernachtungszahlen verzeichnet.

*„Pseudoentlastung bei Elternbeiträgen – kostenfreie Kita endlich einführen“*

Nach der Debatte zum Antrag der Linken debattierten die Abgeordneten auf Antrag der AfD in einer Aussprache noch einmal über Elternbeiträge. Thomas de Jesus Fernandes kritisierte die „Trippelschritte“, die die Landesregierung auf dem Weg zur beitragsfreien Kita mache. Darunter litten nicht nur Eltern, sondern auch die Kommunen.

*„Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltig gestalten – Veränderungen anschieben“*

Die SPD hat in ihrer Aussprache dafür geworben, sich neuen Wegen in der EU-Agrarpolitik nicht zu verschließen. Der EU-Haushalt stehe vor massiven Veränderungen. Da sei es ein „Irrglaube“, davon auszugehen, dass im EU-Agrarhaushalt alles bleiben werde wie bisher, sagte Elisabeth Aßmann. In der Aussprache nutzte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus die Möglichkeit, sein Reformmodell für die EU-Agrarpolitik vorzustellen.

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 29.01.2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1206	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten	–	1. Lesung 15.11.2017 Überweisung abgelehnt
7/1319	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in M-V	Agrarausschuss	1. Lesung 4.12.2017 in Beratung
7/1320 (neu)	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1322	DIE LINKE	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage M-V	–	1. Lesung 14.12.2017 Überweisung abgelehnt
7/1524	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes und zur Änderung des Schiffsabfallentsorgungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1568 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes und weiterer datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums M-V an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1569	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums M-V an die Verordnung (EU) 2016/679	Bildungsausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1574	AfD	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage M-V – Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts	–	1. Lesung 24.01.2018 Überweisung abgelehnt
7/1581	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Ausführung der Schwangerschaftskonfliktberatung an die Verordnung (EU) 2016/679	Sozialausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1582	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Landesrecht im Bereich der Justiz an die Verordnung (EU) 2016/679	Rechtsausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1583	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsrechts und dessen Anpassung an die Verordnung (EU) 2016/679	Wirtschafts- ausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung

## Abgeschlossen

Stand: 29.01.2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/413	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes	SPD, CDU	1. Lesung 05.04.2017 2. Lesung 24.01.2018	angenommen
7/1122	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB XII und anderer Gesetze	LReg.	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 24.01.2018	angenommen
7/1124	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 24.01.2018	abgelehnt
7/1129	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 24.01.2018	angenommen
7/1187	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2018 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	LReg.	1. Lesung 15.11.2017 2. Lesung 24.01.2018	angenommen
7/1255	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen	LReg.	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 24.01.2018	angenommen





Der stellv. Vorsitzende des Petitionsausschusses Dirk Stamer im Gespräch mit Demens Bürgermeisterin Heidrun Sprenger (beide Mitte) und weiteren Teilnehmern der Ortsbesichtigung.

## Im Bürgerauftrag vor Ort

Petitionsausschuss in Kita Demen

■ Seit einiger Zeit erhitzt ein Thema die Gemüter der Gemeinde Demen – die Kindertagesstätte. Diese befindet sich 1,5 Kilometer vom Dorf entfernt in einer ehemaligen NVA- und späteren Bundeswehrkaserne, die im Übrigen leer steht. Die Gemeinde Demen baut derzeit mit Hilfe von Fördermitteln die alte Dorfschule im Ortskern zu einem generationenübergreifenden Dorfgemeinschaftshaus um und möchte hier durch einen Anbau auch die Kita integrieren.

Für diesen Anbau hat die Gemeinde ebenfalls Fördermittel beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU WM) beantragt. Eine Förderung sei jedoch nur möglich, wenn der Landkreis Ludwigslust-Parchim als Träger der öffentlichen Jugendhilfeplanung zustimmt. Dieser hat jedoch seine Zustimmung verweigert mit der Begründung, dass eine ausreichende Auslastung der Kita nicht gewährleistet sei. Um den Landkreis zum Einlenken zu bewegen, hatten mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger eine Sammelpetition an den Petitionsausschuss des Landtages gerichtet.

Nach Beratung der Petition im September fuhr der Ausschuss am 12. Januar nach Demen, um vor Ort mit der Bür-

germeisterin, weiteren Vertretern der Gemeinde, einer Mitarbeiterin des StALU sowie Elternvertretern zu sprechen und nach einer Lösung zu suchen.

Die Ausschussmitglieder sahen sich die bestehende Kita und den geplanten neuen Standort an. Angesichts des abgelegenen Standortes und des sanierungsbedürftigen Zustandes der Kita seien die rückläufigen Anmeldungen nicht verwunderlich. Ein Teil der Eltern würde ihre Kinder in auswärtigen Kitas unterbringen, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden und die Unterbringung langfristig gesichert sei, erfuhren die Abgeordneten. Die nächstgelegenen Kindertagesstätten seien aus- und sogar überlastet. Eine Sanierung der bestehenden Kita wäre nicht nur teuer, sie würde auch am problematischen Standort auf dem abgelegenen ehemaligen Militär-Gelände nichts ändern.

Beim abschließenden Gespräch bekräftigte das StALU noch einmal, dass das positive Votum des Landkreises Voraussetzung für die Bewilligung der Fördermittel sei. Da der Landkreis trotz Einladung bei dem Termin nicht vertreten war, konnte die Problematik nicht lösungsorientiert diskutiert werden.

In seiner Sitzung am 18. Januar hat der Ausschuss das weitere Verfahren beraten.

## Zusammenarbeit

Internationale Anhörung in Kaliningrad

■ Auf Einladung der Gebietsduma fand am 19. und 20. Februar in Kaliningrad eine internationale Anhörung statt, an der parlamentarische Delegationen aus den sieben Mitgliedsregionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee teilnahmen. Mecklenburg-Vorpommern wurde von Vizepräsidentin Beate Schlupp sowie Dirk Friedriszik, Nikolaus Kramer und Karsten Kolbe vertreten.

Bei dem Treffen ging es um die „intelligente Spezialisierung“ der Regionen, also um forschungs- und entwicklungs-politische Schwerpunkte. Beate Schlupp stellte die Regionale Innovationsstrategie Mecklenburg-Vorpommerns vor und erläuterte insbesondere die Schwerpunkte „Gesundheits- und Lebenswissenschaften“ sowie „Ernährungswirtschaft“.

Die Anhörung diente auch der Vorbereitung der Jahreskonferenz des Parlamentsforums im Mai, bei der es konferenzbegleitend auch ein Jugendforum geben soll. Der nächste Zwischenschritt auf dem Weg dahin wird eine Redaktionskonferenz im polnischen Olsztyn am 5. und 6. April sein.

Der Landtag arbeitet gemeinsam mit dem Landtag Schleswig-Holstein, der Hamburger Bürgerschaft, den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma im Parlamentsforum Südliche Ostsee mit.



Die deutsche Delegation in Kaliningrad: v.l. Dirk Friedriszik, Karsten Kolbe, Beate Schlupp und Nikolaus Kramer.

Foto: Landtag M-V



Am 17. Januar startete der Sozialausschuss seine Anhörungsreihe zum Themenkomplex „Jung sein in M-V“.

Foto: Landtag M-V

## Jung sein in M-V

Sozialausschuss startete Anhörungsreihe

■ Der Sozialausschuss informiert sich in sechs thematischen Anhörungen umfassend über „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“. Beim Auftakt der Anhörungsreihe am 17. Januar stand das Thema „Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen“ im Fokus. Angehört wurden acht Sachverständige. Dabei ging es vor allem um das Wahlalter 16 auch bei Landtagswahlen sowie gesetzliche Regelungen für Jugendbeteiligung.

### Dabei sein

Schulklassen bzw. Jugendgruppen ab Klassenstufe 9, die an öffentlichen Anhörungen zum Thema „Jung sein in M-V“ als Zuschauer teilnehmen möchten, können beim Landtag die Erstattung von Fahrkosten beantragen. Bedingung: rechtzeitige Anmeldung und Programm-Absprache beim Besucherdienst des Landtages. Tel. 0385/525-2105 [besucherdienst@landtag-mv.de](mailto:besucherdienst@landtag-mv.de)

„Partizipation ist mehr als Teilhabe“, betonte **Katharina Blum** vom Jugendmedienverband M-V, die als Expertin auch für die Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings sprach. Es reiche nicht, Kinder und Jugendliche nur zu Wort kommen zu lassen, ihnen zuzuhören oder ihre Anwesenheit bei Debatten und Veranstaltungen zu begrüßen. Um ihre Lebensbereiche aktiv mitgestalten zu können, benötigten Kinder und Jugendliche verbindliche Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte. „Beteiligung motiviert zur konkreten Übernahme von Verantwortung, schafft Interesse am Gemeinwohl und legt die Grundlagen für späteres demokratisches Engagement“, zeigte sich Blum überzeugt. Sie plädierte für ein Teilhabe- und Mitwirkungsgesetz für Jugendliche und sprach sich für das Wahlrecht mit 16 Jahren aus.

Laut **Tino Höfert** (Stadtjugendring Greifswald) ist Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern derzeit nur in „Spurenelementen“ vorhanden. „Jugendliche sind nur Objekt politischen Handelns, sie werden in viele Entscheidungsprozesse auf Landesebene nicht einbezogen“, kritisierte er. Auch er forderte ein Jugendmitwirkungsgesetz „noch in dieser Legislaturperiode“. Die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre sei eine jugendpolitische Forderung, die in der Jugendarbeit und vom Landesjugend-

ring schon seit langem vertreten werde. Dies wäre seiner Ansicht nach eine richtungsweisende Entscheidung, um die Gruppe der 16- und 17-Jährigen direkt und unmittelbar an der Landespolitik zu beteiligen und ihnen das Recht einzuräumen, auch an der repräsentativen Demokratie und Meinungsbildung mitzuwirken.

Jugendarbeit müsse in der Landespolitik und auf Landkreisebene als Pflichtaufgabe verstanden werden, forderte **Claudia Gaschler** (Demokratiebahnhof Anklam). „Kinder und Jugendliche stellen demografisch betrachtet eine Minderheit in Mecklenburg-Vorpommern dar, deren Themen sich in der politischen Auseinandersetzung nicht von allein wiederfinden“, begründete sie und sprach sich ebenfalls, in Anlehnung an das Seniorenmitwirkungsgesetz, für ein Jugendmitwirkungsgesetz aus. „Die Anhörungsreihe Jung sein in M-V ist ein überfälliger erster Schritt in die richtige Richtung“, erklärte sie, dürfe aber nicht nach zwei Jahren auslaufen, sondern sei langfristig zu verankern.

**Nils Rusche** (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe des Deutschen Kinderhilfswerks) sieht in der Änderung der Gemeindeordnung ein wichtiges Instrument für mehr Jugendbeteiligung. „In dem Moment, wo eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur Muss-Bestimmung wird, verändern sich die



Foto: Landtag M-V

Diese zehn Jugendlichen begleiten die Anhörungen: Katharina Baganz, Mona-Mor Ebel, Klara Fries, Hannah Kurek, Marcel Meister, Lena Simosek, Paul Timm, Nick Wamhoff, Juliane Eichhorn, Friedrich Gottschewski. Sie wurden von den Fraktionen benannt und können gleichberechtigt Fragen an die Sachverständigen richten und mit den elf Abgeordneten des Sozialausschusses die jeweiligen Themen beraten.

Strukturen vor Ort“, sagte er und führte als Beispiele Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg an, wo vielfältige neue Beteiligungsformate entstanden seien. „Die Änderung der Gemeindeordnung bringt mehr als jedes Projekt, das nach einigen Jahren wieder ausläuft“, ist er überzeugt. Es wachse eine Generation heran, die sich ganz selbstverständlich für kommunalpolitische Belange interessiere, denn sie mache die Erfahrung, dass ihre Expertise wertvoll sei.

**Sebastian Schiller** (Deutsches Kinderhilfswerk) richtete den Blick auch auf die Beteiligung von Kindern. „Beteiligung kennt keine Altersgrenzen“, sagte er. Er plädierte für eine landesweite Gesamtstrategie für Kinder- und Jugendbeteiligung und forderte die Aufnahme der Kinder- und Jugendbeteiligung „als Muss-Bestimmung in die Kommunalverfassung“. In Bezug auf das Wahlalter spreche sich das Deutsche Kinderhilfswerk für die Absenkung zunächst auf 16 Jahre und in einem weiteren Schritt auf 14 Jahre aus. Das müsse einhergehen mit verbesserter politischer Bildung.

Unterstützung bei der Forderung nach mehr Kinder- und Jugendbeteiligung kam auch vom Landesseniorenbeirat. „Bereits in der Enquete-Kommission *Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern* haben wir gefordert, die Jugendlichen stärker in den Fokus politischer

Debatten zu stellen“, sagte der Landesvorsitzende **Bernd Rosenheinrich**. Er habe an zwei Generationendialogen teilgenommen und die Erfahrung gemacht, dass Jugendliche sehr verantwortungsbewusst Probleme aufgreifen würden. Auch der Seniorenbeirat halte ein Jugendmitwirkungsgesetz für erforderlich. Verpflichtende Mitwirkungsmöglichkeiten wie bei den Seniorinnen und Senioren müssten auch der Jugend eingeräumt werden.

**Thomas Deiters** (Städte- und Gemeindetag M-V) sieht in der Anhörungsreihe eine große Wertschätzung des Landtages gegenüber der jungen Generation. „Nur wer in jungen Jahren lernt, sich im Gemeinwesen zu engagieren, wird das im Alter fortsetzen“, betonte er. Er warb dafür, nicht nur Sonderinstitutionen zu schaffen, sondern vielmehr zu diskutieren, wie Jugendliche für die Institutionen mobilisiert werden könnten, die die Entscheidungen treffen, wie die Gemeindevertretung.

Für das Wahlalter 16 auf Landesebene spreche sich auch der Städte- und Gemeindetag aus. Bei den Kommunal-

wahlen habe man gute Erfahrungen damit gemacht.

Auch der Landkreistag M-V begrüße die Anhörungsreihe und die damit verbundene Idee ausdrücklich, sagte dessen Vertreterin **Christiane David**. Partizipation der Kinder und Jugendlichen sei dabei so zu gestalten, dass sie nicht für Eigeninteressen der Erwachsenen instrumentalisiert werde. Teilhaben könnten nur Kinder und Jugendliche, die ernst genommen würden und unabhängig vom Schicksal ihrer Geburt eine echte Chance im Leben sähen. „Die noch immer bestehende Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft muss schnellstmöglich aufgehoben werden“, betonte sie. Die Landesverfassung verpflichte zur Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen. Davon sei man im Bereich Bildung noch weit entfernt.

*Das Wortprotokoll der Anhörung finden Sie auf der Website des Landtages [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) (Landtag/Ausschüsse/Sozialausschuss)*

### Termine und Themen der Anhörungen 2018

17. Januar:	Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen
23. Mai:	Übergangsmangement Schule, Bildung und Beruf
26. September:	Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung
5. Dezember:	Anhörung zur Zwischenauswertung

## Grüne Woche

Agrarausschuss besuchte MV-Tag

■ Vom 19. bis 28. Januar präsentierte sich Mecklenburg-Vorpommern zum 27. Mal auf der Internationalen Grünen Woche (IGW). In der MV-Länderhalle stellen sich 63 Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft vor. Zu den Highlights gehörte der Ländertag am 20. Januar – für den Agrarausschuss traditionell Anlass zu einem Messebesuch.

Zu den 63 Ausstellern aus M-V gehörten Stammassteller, wie z. B. die Mecklenburgische Brauerei Lübz, ebenso wie



Agrarminister Dr. Backhaus informiert Landespolitiker über Maßnahmen der Absatzförderung von innovativen Agrarprodukten.

Foto: Landtag M-V

Neulinge unter dem Dach des Projektes „Land(Auf)Schwung“, wie z.B. die Senfmühle Schlemmin. Viele Unternehmen

warteten mit neuen Produkten und Vermarktungsideen auf. Beispiele dafür sind die Vorpommersche GenussManufaktur Bense & Dragheim GbR Griebenow, die neben Zwiebelmarmelade auch Brot im Einweckglas präsentierte, und die Fischräucherei „Seeperle“ Wismar mit Schrimps mit Schokolade oder warm geräucherten Eiern. Bei ihren Gesprächen mit den Ausstellern konnten sich die Abgeordneten ein Bild von Ideen und Problemen der Produzenten machen.

Das Fazit des Ausschusses: Die IGW bietet vor allem den regionalen Klein- und Kleinstunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern und der Welt die Möglichkeit, ihre Produkte den Konsumenten nahezubringen.

**Beate Schlupp**, Vizepräsidentin des Landtages M-V



Zu den Aufgaben als Vizepräsidentin gehört auch die Leitung von Landtagssitzungen.

Das persönliche Dutzend

■ Politiker sind auch nur Menschen. Eine Binsenweisheit, die aber doch nicht selten aus dem Blick gerät. Mit unserer Rubrik „Persönliches Dutzend“ wollen wir Ihnen in loser Folge Abgeordnete mal von einer anderen, persönlichen Seite zeigen. Den Anfang macht Beate Schlupp (CDU). Sie gehört dem Landtag seit 2002 an, seit 2011 ist sie Erste Vizepräsidentin des Parlaments.

### 1. Ihr Lieblingsort (-platz) in Mecklenburg-Vorpommern?

Ich liebe es, bei schönem Wetter am Wasser zu sitzen. Es ist einfach schön und entspannend, dem Spiel von Sonnenstrahlen und Wellen zuzuschauen. Das kann man in Mecklenburg-Vorpommern an vielen Orten erleben.

### 2. Ihr Lieblingsbuch?

Ich lese meist zur Entspannung – am liebsten nordische Krimis.

Mir gefallen darin die komplexen Charaktere mit ihren Stärken, aber auch Schwächen.

### 3. Ihr Lieblingsfilm?

Einen einzigen Lieblingsfilm habe ich nicht. Gern schaue ich mir immer mal wieder „Die Feuerzangenbowle“ oder auch die Miss-Marple-Filme mit Margaret Rutherford an.

### 4. Ihre Lieblingsmusik(er)?

Ich mag Musik in ihrer ganzen Bandbreite – von Klassik bis modern. Toll finde ich den Opersänger Jonas Kaufmann und den Jazz-Posaunisten „Mr. Red Horn“ Nils Landgren.

### 5. Welches Vorbild beeindruckt Sie und warum?

Ein Vorbild in Person habe ich nicht. Es gibt viele tolle Leute. Bestenfalls orientiere ich mich an einzelnen Eigenschaften als Ansporn für mich, an meinen Stärken und Schwächen zu arbeiten.

### 6. Ihr Motto?

Auch ein konkretes Lebensmotto habe ich nicht. Wenn mir etwas Orientierung gibt, ist es an ehesten der Ausspruch des römischen Philosophen Seneca: „Während du das Leben aufschiebst, verinnt es.“

### 7. Ich kann lachen, wenn ...

Ich kann über mich selber lachen. Das konnte bei einer Landtagssitzung im Livestream theoretisch sogar die ganze Welt sehen, als ich bei einer Debatte über Fischfangquoten den Abgeordneten Ralf Borschke als „Herr Dorschke“ angesprochen habe und über meinen Versprecher unbändig lachen musste.

### 8. Ich ärgere mich ...

leider viel zu schnell über Kleinigkeiten. Das ist eine Schwäche von mir. Wenn es geht, schlafe ich eine Nacht drüber und sehe dann, ob etwas wirklich ein Grund zum Ärgern ist.

### 9. In zehn Jahren werde ich ...

hoffentlich mit vielen Enkelkindern ganz viel Quatsch machen.

### 10. Hätte ich einen Wunsch frei ...

wünschte ich mir, dass die Menschheit so vernünftig ist, dass auch meine Enkel so glücklich leben können wie wir.

### 11. Ich bin ...

mit meinem Leben zufrieden.

### 12. Glück ist für mich ...

jenseits des Alltags erkennen zu können, dass es mir in meinem Umfeld sehr gut geht.

Foto: Uwe Sinnecker



Fotos: Uwe Sinnecker

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages gedachte der Landtag am 25. Januar im Plenarsaal der Millionen Opfer der Nazidiktatur.

## Ein schweres Erbe

Landtag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

■ „Wegen der Finanzierung des Ghettos teilte ich Ihre Bedenken eigentlich schon vor Wochen. Man kann also getrost noch kurze Zeit die weitere Entwicklung abwarten [...]. Es wird sich ja alsbald herausstellen, ob die nicht arbeitsfähigen reichsdeutschen Juden uns verbleiben und dann monatlich von Reich wegen bezuschusst werden müssen oder ob sie mit unter die ‚Aktion‘ fallen. Ich persönlich glaube an das Letztere und damit wäre die Sache in der Tat erledigt.“ Deutliche Worte des Oberbürgermeisters von Litzmannstadt (Łódź). Verfasst im März 1942. Der Mann, der sie den Abgeordneten und Besuchern im Plenarsaal vorliest, ist sein Sohn. Jens-Jürgen Ventzki erfährt erst spät von der Vergangenheit seines Vaters. Seitdem hat er dessen Rolle während der Nazi-Zeit recherchiert. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages gab er bei der Gedenkfeier des Landtages Einblicke in ein schweres Erbe.

„Zur Rücksprache mit Herrn Biebow, 11.5.“ Jens-Jürgen Ventzki erkennt sie sofort. Die Handschrift seines Vaters. Gekritzelt an den Rand eines Schreibens vom 8. Mai 1942. Darin bittet das Amt für Volkswohlfahrt, Textilien, „die im Zuge der Judenaktion“ im Ghetto Łódź/Litzmannstadt „frei werden“, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zu überlassen.

Es ist ein Frühlingstag im Jahr 1990, als ihn „ein dumpfes Gefühl der Vorahnung“ durch das Jüdische Museum in Frankfurt am Main begleitet. Auf dem Rundgang erzählen Bilder und Texte, Briefe und Dokumente, Aussiedlungslisten und Tagebücher Geschichte. Die Geschichte des Ghettos in Łódź. Und mittendrin das geschwungene „Ve“, das Jens-Jürgen Ventzki nur allzu gut aus persönlichen Briefen seines Vaters kannte. Ein Schlag, von dem er gehofft habe, nie getroffen zu werden, schreibt er später in seinem Buch „Seine Schatten, meine Bilder“.

Es ist das erste Mal, dass der Landtag zur Feierstunde anlässlich des Holocaust-Gedenktages einen Redner von der Seite der Täter eingeladen hat. Und es ist das erste Mal, dass **Jens-Jürgen Ventzki** vor einem deutschen Parlament redet. „Das hat für mich eine ganz große Bedeutung.“



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp eröffnete die Gedenkfeier.

Der Täter, das war Werner Ventzki. Der Volljurist war 25, als er in die NSDAP eintrat. Zehn Jahre später, im Mai 1941, wurde er Oberbürgermeister von Litzmannstadt (so hieß Łódź seit April 1940) – und damit auch einer der wichtigsten Verantwortlichen für das Ghetto. Hier, im zweitgrößten Ghetto nach Warschau, lebten zwischen 1939 und 1944 um die 200.000 Menschen. Mitten in der Stadt. Eingepfercht auf vier Quadratkilometern. Täglich starben Kinder, Frauen, Männer. Vor Hunger, Kälte und Erschöpfung. Weil sie krank waren. Oder ins Vernichtungslager deportiert wurden. Höchstens 7.000 Menschen überlebten.

Fotos: Uwe Sinnecker



Jens-Jürgen Ventzki berührte die Gäste mit seinem bewegenden Schicksal.

Jens-Jürgen Ventzki ist 46, als sein dumpfes Gefühl im Jüdischen Museum der Gewissheit weicht. Der Gewissheit, dass sein Vater über all das Bescheid gewusst hatte. Und viel mehr noch: eine Mitverantwortung dafür trug. Es dauert ein Jahrzehnt, bis der Sohn die Kraft findet, im Katalog zur Ausstellung zu blättern und dabei weitere Details über seinen Vater zu erfahren. Er habe immer gewusst, dass sein Vater Oberbürgermeister gewesen war. Als Kind habe dieser Titel aber nicht gefährlich geklungen. Später habe die Familie nie darüber gesprochen; der Vater als Zeuge vor Gericht ausgesagt, „weder dienstlich noch außerdienstlich etwas von den Ausrottingsmaßnahmen gegen Juden“ erfahren zu haben. Lange habe er sich auch nicht getraut, genauer nachzufragen – und später Antworten erhalten, die im Widerspruch zu den vielen Unterlagen standen, die der Sohn inzwischen über das Ghetto und seinen Vater gelesen hatte.

2001 reist Jens-Jürgen Ventzki nach Łódź. Seine Spurensuche beginnt. Da, wo er 1944 geboren wurde und seitdem nie wieder war. Er kommt wieder und wieder. Durchforstet Archive. Liest unzählige Dokumente. Spricht mit Historikern. Trifft Holocaust-Überlebende. Menschen, die genau wissen, wer sein Vater war und ihm dennoch – oder gerade deswegen – helfen, die Puzzleteile der Vergangenheit zusammenzusetzen.

„Der erste Jude, den ich kennengelernt habe, war Leon Zelman aus Wien.“ Vermittelt hat das Treffen eine Journalistin. „Ich habe mich nicht selber getraut, als Sohn eines Nazis einen Überlebenden anzusprechen.“ Als sie sich begegnen, hält Leon Zelman minutenlang Ventzkis Hand. „Dieser Moment, wenn



An der Gedenkfeier nahmen rund 90 Schweriner Schülerinnen und Schüler teil. Viele – wie hier Jugendliche von der IGS „Bertolt Brecht“ – suchten anschließend das Gespräch mit Jens-Jürgen Ventzki.

ein Überlebender des Ghettos mir die Hand so reicht – das ist ein sehr bewegender Moment.“ Auch Zelman sucht einen Zeugen. Einen Zeugen von der anderen Seite. Der die Dinge bestätigt, mit denen er leben müsse, aber nicht fertig werden könne. „Bürdet das Reden nicht uns Juden auf“, habe Zelman ihm am Ende mit auf den Weg gegeben. „Ihr habt die moralische Pflicht, diese Arbeit zu leisten.“ Das sei für ihn so etwas wie eine Initialzündung gewesen, seine Familiengeschichte aufzuarbeiten, erzählt Ventzki den Gästen der Gedenkfeier.

„Die Verbrechen der Nationalsozialisten bringen uns in ewige Verantwortung. In die Verantwortung, niemals zu vergessen und uns sowie die nach uns Kommenden an das Unbeschreibliche zu erinnern“, sagte Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp** in ihrem Grußwort. „Damals wie heute gilt: Wir sind in der Pflicht, parolenhafte und einfache Lösungen kritisch zu hinterfragen. Wir sind in der Pflicht, unsere Einstellung und unsere Haltung zu reflektieren. Und wir sind in der Pflicht, uns zu gegenwärtigen, dass wir hierfür Verantwortung tragen – der sich der Einzelne auch dann nicht entziehen kann, wenn er sich blind in ein Kollektiv einordnet.“

Ein unverzichtbarer Bestandteil des Erinnerns seien Gedenkstätten, so Jens-Jürgen Ventzki. Die Menschen blieben stehen, nähmen sich Zeit, die Informati-

onstexte zu lesen, säßen manchmal minutenlang im Raum der Stille, schildert er seine Erfahrungen im Berliner Holocaust-Mahnmal. „Das ist doch ein Zeichen, dass wir diese Denkmäler brauchen.“ Auch die Sprache der Nazis dürfe nicht vergessen werden. „Da ist der Bogen sehr schnell zu heute gezogen.“ Der 74-Jährige spricht von zunehmendem Populismus und über seine Wahlheimat Österreich, in der die rechtspopulistische FPÖ seit den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst Teil der Regierung ist. „Die Gefahr besteht darin, dass man sich an solche Dinge sehr, sehr schnell gewöhnt.“

Mit jedem Dokument, das Jens-Jürgen Ventzki in Archiven entdeckt, mit jedem Zeitzeugen, der ihn an seinen Erinnerungen teilhaben lässt, zerbirst das Bild vom liebevollen Vater ein Stück mehr. Er muss zur Kenntnis nehmen, dass er zwei Väter hat: den liebevollen, der mit seinen Kindern lacht, albert, Mensch-ärgere-dich-nicht spielt. Und den, der die Menschen im Ghetto leiden und sterben lässt. „Mein Vater ist für mich genauso ein Täter wie jemand, der geschossen hat“, bezieht er im Dokumentarfilm „Linie 41“, den der Landtag vor einem Jahr zur Gedenkfeier gezeigt hat, klar Stellung.

Seinen Vater, der nach dem Krieg unter anderem als Regierungsbeamter für Vertriebenenfragen zuständig war, nie als Nazi-Täter zur Rechenschaft gezogen wurde und 2004 im Alter von 98



In der Lobby vor den Gästetribünen des Plenarsaals enthüllte Beate Schlupp eine Gedenktafel für die Opfer totalitärer Verfolgung.

Fotos: Uwe Sinnecker



Jahren starb, konfrontiert Jens-Jürgen Ventzki mit seinen Recherchen nicht. Einmal habe er versucht, mit ihm über das Ghetto zu sprechen. Der Vater habe bestritten, jemals dort gewesen zu sein. „Ich hätte ihm sagen können: Du, Papa, das stimmt ja nicht“, erzählte Ventzki einst bei einer Veranstaltung an der Universität Łódź. „Ich konnte es aber nicht, weil ich wusste, das bringt nichts.“ Die Sorge um die angeschlagene Gesundheit des Vaters lässt die Lüge auf sich beruhen. „Der Zeitpunkt war einfach überschritten.“ Dass sich sein Vater bis zum Schluss als überzeugter Nationalsozialist bekannte, machte eine Konfrontation nicht leichter.

Ob er sich mit der Aufarbeitung seiner Familiengeschichte reinwaschen wolle, wurde Jens-Jürgen Ventzki einmal gefragt. Seine Antwort: „Nein. Denn es geht ja nicht um mich. Es geht um eine Geschichte, die unsere Familie betrifft.

Und damit ist es eine Frage des Gewissens und der Verantwortung.“

## Gedenktafel im Landtag

Vor der Gedenkfeier enthüllte Beate Schlupp im Beisein zahlreicher Abgeordneter und Gäste im Besucherbereich des neuen Plenarsaals eine Gedenktafel für die Opfer totalitärer Verfolgung. Mit dieser Tafel wolle man nicht nur erinnern an diejenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements verfolgt worden seien, sagte sie. Vielmehr bringe der Landtag den Opfern, ihrem Denken und Handeln, ihrem Schicksal die ihnen gebührende Aufmerksamkeit entgegen. „Diese Aufmerksamkeit soll gerade uns, die hier von den Menschen dieses Landes politische Verantwortung übertragen bekommen haben, in unserem Denken und Handeln für ein freies, to-

lerantes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern mahnen“, betonte die Vizepräsidentin. Zugleich solle die Tafel die Besucherinnen und Besucher daran erinnern, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit seien.



Ein Video von der Gedenkfeier gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages. Eine Dokumentation der Veranstaltung können Sie kostenlos beim Landtag bestellen (Tel 0385/525-2113) oder auf der Website des Landtages herunterladen.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Am 6. März empfing Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp den Botschafter des Königreichs Schweden, S. E. Per Anders Thöresson. Bei dem Gespräch stand insbesondere die Kooperation zwischen Schweden und Mecklenburg-Vorpommern im Fokus. Beate Schlupp berichtete über die Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz, der sowohl das schwedische Parlament als auch der Landtag M-V als regionales Parlament angehören. Darüber hinaus arbeitet der Landtag im Parlamentsforum südliche Ostsee mit der südschwedischen Region Schonen zusammen. Weitere Themen waren Schiffssicherheit, nachhaltiger Tourismus, Migration und Energiepolitik, hier insbesondere das deutsch-schwedische Projekt Hansa Power Bridge.

Beim Aktionstag der Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ am 24. Februar im Schweriner Schlosspark-Center war auch der Landtag mit einem Info-Stand vertreten. Die Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung Doreen Feyer, Gitta Stölzer, Simone Gladasch, Jördis Palme und Dominique Peters (v. l.) informierten über Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des Landtages. Bei einem Quiz konnte man sein Wissen testen und mit etwas Glück auch einen kleinen Gewinn mit nach Hause nehmen. Unter dem WIR-Dach präsentierten sich rund 30 Vereine und Verbände, die sich für gesellschaftliche Vielfalt stark machen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp nutzte am 27. Februar in Brüssel (Belgien) die Veranstaltung „Schöne Verwandte – Die Schlösser Schwerin und Chambord“ dazu, um auf internationalem Parkett für die Aufnahme des Residenzensembles Schwerin mit dem Schloss in die UNESCO-Welterbeliste zu werben. Einen ausführlichen Bericht über diesen besonderen Themenabend können Sie in der kommenden Ausgabe der LandtagsNachrichten lesen.

Das Gemälde „Niklots Tod“ hängt seit Ende Januar wieder am angestammten Platz im 3. Obergeschoss des Schlosses. Es war im Oktober 2013 mit Beginn der Bauarbeiten zum neuen Plenarsaal abgenommen, fachgerecht eingelagert und vor der Rückkehr restauriert worden. Die Besucherinnen und Besucher können sich nun nicht nur an dem eindrucksvollen, monumentalen Kunstwerk von Theodor Schloepke erfreuen, sondern auf dem Weg zur Roten Marmortreppe auch einen Blick in den neuen Plenarsaal werfen, der im September 2017 eingeweiht wurde.

